Proteste in Frankreich

Gelbe Westen, leere Kassen

Von Henrik Müller

16.12.2018

Im Bemühen, die Protestwelle zu brechen, ist Emmanuel Macron den Demonstranten entgegengekommen. Per TV-Ansprache kündigte er dieser Tage ein Maßnahmenpaket an steuerfreie Überstunden, niedrigere Sozialabgaben für Rentner, Rücknahme von Steuerhöhungen, Zuschläge für Mindestlöhner. Das Manöver soll rund zehn Milliarden Euro kosten.

Soviel sollte der zivile Frieden im Land doch wert sein, könnte man argumentieren. Leider ist mit Macrons Ankündigung überhaupt nichts gelöst. Weder ist klar, ob sich die Gilets Jaunes von den Straßen zurückziehen werden. Noch ist die Frage beantwortet, wie Frankreich eigentlich auf einen wirtschaftspolitisch nachhaltigen Pfad gelangen will.

Vorige Woche haben wir anlässlich der linksrheinischen Proteste an dieser Stelle über den politischen Strukturwandel diskutiert, der, angestoßen durch die sozialen Medien, derzeit viele westliche Demokratien durchrüttelt. Aus diversen Leserkommentaren sprach eine generelle Skepsis, ob Frankreich überhaupt einen Kurswechsel brauche. Manchmal klang es, als sei die Motivation von Macrons Reformen reine Profitgier - oder irgendeine schräge Form von Sozial-Sadismus.

Hier sind ein paar Anhaltspunkte zur Ausgangslage.

Gelbe Westen, leere Kassen

Dass nun der eiskalte Neoliberalismus in Frankreich einzieht, ist zumindest eine gewagte Behauptung - um es sehr vorsichtig zu formulieren. Nirgends sonst in der EU ist der öffentliche Sektor so groß. Die Staatsquote liegt bei 56 Prozent, höher als in Schweden. Fast die Hälfte der Staatsausgaben fließt in die Sozialhaushalte, rechnet die OECD vor.

Überhaupt spielt der Staat eine Hauptrolle in der gallischen Wirtschaft. So ist der Anteil der öffentlich Beschäftigten in Frankreich mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Wer arbeitslos wird, kann, je nach vorherigem Einkommen, mit einer staatlichen Unterstützung von bis zu 7134 Euro im Monat rechnen. Zum Vergleich In Deutschland liegt der Maximalbetrag bei knapp 2500 Euro, so der Internationale Währungsfonds in seinem jüngsten Länderbericht.

Franzosen gehen im Schnitt um die Sechzig in Rente, so früh wie kaum irgendwo sonst. Der gesetzliche Mindestlohn ist mit rund 60 Prozent des mittleren Verdienstes einer der höchsten weltweit.

Man kann einen so großen öffentlichen Sektor gut finden - oder übermäßig aufgebläht. Das ist nicht der Punkt. Wenn sich die Franzosen so viel Staat und so hohe Sozialleistungen leisten wollen, dann ist das ihre souveräne Entscheidung. Punkt.

Allerdings gibt es zwei Probleme Erstens sind viele Bürger äußerst unzufrieden mit der Lage im Land, wie die Eurobarometer-Umfrage seit Jahren zeigen. Und dieser Frust war wohl entscheidend dafür, dass sie bei den Wahlen voriges Jahr die alten Parteien aus Parlamenten und Palästen gewählt haben und den Aufsteiger Macron ins Amt. Dass ein üppiger Sozialstaat eine Präventivmaßnahme gegen Populismus ist, wie gern behauptet wird, stimmt in Frankreich jedenfalls nicht In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen voriges Jahr holten Scharfmacher von Rechts und Links, Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon, fast die Hälfte der Stimmen. Möglich, dass gerade der französische Sozialstaat mit seinen permanenten Umverteilungskämpfen für verbreiteten Unmut sorgt.

Zweitens kann Frankreich sich einen so großen öffentlichen Sektor schlicht nicht leisten. Der Staat gibt chronisch mehr aus, als er einnimmt. Auf Dauer geht das nicht gut. Inzwischen liegen die Schulden bei knapp 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). (Zum Vergleich Deutschland gut 60 Prozent.) Und der Staat nimmt immer mehr Kredite auf Über Jahre lag das Budgetdefizit oberhalb von drei Prozent des BIP. Frankreichs strukturelle - also konjunkturneutrale - Haushaltslücke ist eine der höchsten in den OECD-Ländern.

Nun werden Macrons Zugeständnisse an die Gelbwesten das Defizit abermals in die Höhe treiben, Richtung vier Prozent. Das widerspricht den Budgetregeln der Eurozone - obwohl EU-Währungskommissar Pierre Moscovici bereits angekündigt hat, das gehe in Ordnung, was wiederum die links-rechts-populistische Regierung in Italien anprangert Warum soll Rom sich von der EU-Kommission und den Euro-Partnern zum Sparen zwingen lassen, während auch Frankreich die Budgetregeln bricht Die Frage ist berechtigt.

Wieviel Sozialstaat kann sich Frankreich leisten

Man kann Macron nicht vorwerfen, dass er mit seinem Kurs komplett falsch liegt. Seine Reformen zielen darauf ab, die Schulbildung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu verbessern, die Jugendarbeitslosigkeit durch ein Ausbildungsprogramm zu senken, die Tarifverhandlungen der betrieblichen Realität anzunähern und dadurch mehr Jobs zu schaffen. Er hat sich an einer Reform der verkrusteten Staatsbahn SNCF versucht und an der Großaufgabe, das Land attraktiver zu machen für Investoren.

Letztlich kommt es für die Beantwortung der Frage, wieviel Sozialstaat sich eine Gesellschaft leisten kann, darauf an, wie viele Leute arbeiten, wie produktiv sie sind und wie hohe Steuern sie zu zahlen bereit sind. Aus dieser Perspektive ist der französische Sozialstaat übergroß Die Wirtschaft wächst langsam und kreditgetrieben, die Beschäftigungsquote ist verglichen mit Deutschland niedrig.

Frankreich hat, ebenso wie Italien, gegenwärtig kein Nachfrageproblem, wie gern behauptet. Es steckt nicht in einer Rezession, die der Staat mit zusätzlichen Ausgaben bekämpfen müsste. Die Konjunkturforscher rechnen vor, dass die aktuelle Wirtschaftsleistung in etwa den Produktionsmöglichkeiten entspricht. Im Ökonomen-Jargon Die Produktionslücke ist geschlossen.

Frankreich hat andere Probleme. Sie liegen auf der Angebotsseite, bei den Produktionsmöglichkeiten. In einer solchen Situation ist es der Job der Regierung, produktive Aktivitäten - Arbeit, Investitionen, Bildung, Ausbildung, Forschung und so weiter - attraktiver zu machen.

Das Hässliche an dieser Art von Wirtschaftspolitik Es dauert, bis sie wirkt. Manchmal vergehen Jahre, bis sich positive Effekte einstellen. Politisch sind solche Strukturreformen deshalb äußerst unattraktiv.

Regierende sind Dienstleister des Volkes

Letztlich geht der Aufstand der Gelbwesten an Kernfragen unseres politischen Modells. Die repräsentative Demokratie stützt sich auf Institutionen - Parlamente, Regierungen, Behörden -, die dem Gemeinwesen langfristige Stabilität sichern sollen. Sie müssen zwischen den aktuellen Stimmungen in der Bevölkerung und dem auf Dauer für die Gesellschaft Notwendigen austarieren. Sie sind, so gesehen, Dienstleister des Volkes, das sie wählt und irgendwann wieder abwählt und dem gegenüber sie rechenschaftspflichtig sind.

Diese Rollenverteilung zwischen Volk und Repräsentanten ist jedoch nicht mehr selbstverständlich. Das Misstrauen gegen die Eliten - jene Leute also, die demokratische Institutionen sachkundig managen sollen - wächst. Eine Haltung, die auch in einigen Kommentaren vorige Woche spürbar war.

In allen Demokratien ohne Volksabstimmungen fehlt schlicht die Qualitätssicherung. Zu glauben Politiker seien weitsichtiger als andere stimmt ganz einfach nicht. Wenn, dann haben sie eine andere Meinung. Und das hat nichts mit Qualität zu tun.

Allerdings sollte Regieren nicht auf Meinungen basieren, sondern auf speziellen Kenntnissen. Darüber zu verfügen und es nach einem demokratischen Interessenausgleich in Entscheidungen umzusetzen, ist der Job der Eliten. Wenn sie dem nicht gerecht werden, gehören sie abgewählt.

Zum anderen sind öffentliche Stimmungen ziemlich wechselhaft - und häufig wenig durch eine Auseinandersetzung mit den zur Entscheidung anstehenden Fragen fundiert. Das gilt umso mehr in Zeiten, die von Social Media getrieben sind Die Leave-Kampagne zum Brexit-Referendum vor zweieinhalb Jahren wäre ohne massiven Einsatz von Social Media kaum erfolgreich gewesen. Die Gelben Westen organisieren sich über Soziale Medien; ihr öffentlicher Einfluss wird verstärkt durch die TV-Präsenz ihrer Aktionen.

Offenkundig verändern Soziale Medien das Verhältnis der Regierten zu den Regierenden. Weil nun jedem Bürger Kanäle offenstehen, sich öffentlich zu äußern, gibt es offenbar auch die Erwartung, dass jeder jederzeit mitbestimmen kann. Institutionen und Parteien verlieren an Legitimation.

So begrüßenswert ein vielstimmiger öffentlicher Diskurs ist, daraus kann nicht der Anspruch erwachsen, die jeweilige Mehrheitsstimmung solle besser gleich selbst regieren. Die Jeder-kann-mitmachen-Demokratie wäre dann nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Anarchie.

法国抗议运动

黄色的背心，空空的钱包

亨里克·穆勒（Henrik Müller）

2018年12月16日

为了打破抗议浪潮，马克龙（Emmanuel Macron）安置了示威者。这些天，他在电视讲话中宣布了一系列措施，包括免税加班，降低养老金领取者的社保付款，撤销加税计划。预计这项动作将耗资约100亿欧元。

有人可能会争辩说，这对于该国的公民和平应该是值得的。不幸的是，马克龙的宣布并没有解决任何问题。目前尚不清楚“黄背心”是否会从街头撤离。法国如何走上经济上可持续发展道路的问题仍有待回答。

上周，在莱茵河左岸的抗议之际，我们讨论了由社会媒体引发的许多社会民主国家目前正在动摇的政治结构。从各种读者的评论中，人们普遍怀疑法国是否需要改变路线。马克龙改革的动机似乎纯粹是为了牟利，或者某种怪异的社会虐待主义。

这里是一些观点。

黄色的背心，空空的钱包

如今，冰冷的新自由主义正在进入法国，这至少是一个大胆的断言──对此要非常注意。欧盟其他任何地方都没有法国那么大的公共部门。法国公共部门支出比例为56％，高于瑞典。根据经合组织的数据，政府支出中几乎有一半用于社会预算。

一般而言，国家在高卢的经济中扮演重要角色。法国的公务员比例是德国的两倍以上。如果您失业，根据您以前的收入，您可以期望政府每月提供最高7134欧元的支持。比较而言，根据国际货币基金组织（IMF）最新的国家报告，这一金额在德国最高金额不到2500欧元。

法国人平均退休年龄大约为60岁，比其他国家人都早。法定最低工资是世界上最高的之一，约占中位数收入的60％。

您可以认为如此庞大的公共部门是好的或夸大其词。但那不是重点。如果法国人想支撑起这么多的国家部门和如此高的社会福利，那是他们的自己的决定。

然而，有两个问题：首先，正如欧洲晴雨表多年来显示的那样，许多公民对该国的局势极为不满。这种挫败感可能是决定性的，因为他们在去年的选举中把票投给了执政党，而马克龙被选为总体。在法国，高福利国家并不是对民粹主义的预防措施，在去年的总统选举的第一轮中，勒庞（Marine Le Pen）和让·吕克·梅朗雄（Jean-LucMélenchon）赢得了几乎各一半的选票。法国的福利国家长期的重新分配斗争可能引起广泛的不满。

其次，法国根本负担不起如此庞大的公共部门。国家长期花费超过收入。从长远来看，这并不会顺利。同时，债务几乎占国内生产总值（GDP）的100％。 （相比之下，德国占60％。）该国正在获得越来越多的贷款，多年来预算赤字已超过GDP的3％。法国的结构性预算缺口是经合组织国家中最高。

现在马克龙对黄色背心的让步将使赤字再次上升，达到百分之四。这与欧元区的预算规则相抵触，尽管欧盟货币专员皮埃尔·莫斯科维奇（Pierre Moscovici）已经宣布这没事没为题，还反过来谴责意大利的左翼民粹主义政府。为什么罗马在法国也违反预算规则的情况下要向欧盟委员会和欧元伙伴证明？

法国可以负担多少国家福利？

你不能怪马克龙的路线完全错误。其改革旨在改善弱势群体的教育，通过培训减少青年失业，使劳资谈判更接近于实际操作，从而创造更多的就业机会。 他试图改革深陷危机的SNCF国铁，使国家变得对投资者更具吸引力。

执政者是人民的服务提供者

黄背心的起义引出了我们政治模式的核心问题。议会民主制基于机构──议会、政府、当局──以确保社区的长期稳定。必须在当前人民情绪与社会永久需要之间取得平衡。从这种角度看，他们将在某个时候再次投票给对他们负责的服务提供者。

但是，人民与代表之间的角色划分不再是理所当然的。精英人士（本来有能力管理民主机构的人）之间的不信任正在增加。在上周的一些评论中，这种态度也很明显。

没有全民公投的民主国家都缺乏一些质量保证。相信政治家比其他人更有远见，这是不正确的。如果是这样，他们就会有不同的意见。这与质量无关。

但是，治理不应基于意见，而应基于特殊知识。精英们的工作是在民主利益平衡之后处置它并在决定中予以实施。如果他们不能做到就应该下台。

另一方面，公众的情绪是多变的，在处理待决定的问题时通常没有什么基础。在社交媒体推动下，这种情况更加普遍。两年半前，英国脱欧公投运动如果不大量使用社交媒体将很难成功。黄背心是通过社交媒体组织的，电视上的行为加强了他们的公众影响力。

显然，社交媒体正在改变被治理者与治理者之间的关系。因为现在每个公民都可以通过渠道公开表达自己的意见，所以显然也希望每个人都可以在任何时候发表意见。机构和政党会因此失去合法性。

尽管应该欢迎更多的公共话语，但无法要求大多数人都能更好地支配自己的情绪。每个人都可以插足的民主只会是走向无政府状态的一个中间步骤。